

V0429/24

Sachstand und weiteres Vorgehen bei der Sanierung des Künettegrabens
(Referentin: Bürgermeisterin Kleine)

Antrag:

1. Der Stadtrat nimmt den Sachstand zur Sanierung des Künettegrabens zur Kenntnis.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, auf der Grundlage der vorgelegten Machbarkeitsstudie für die Planung, Vorbereitung und Umsetzung der Maßnahme voranzutreiben. Parallel ist die Sanierung durch biologische Methoden weiter zu prüfen.
3. Der Freistaat Bayern wird gebeten, die Finanzierung entsprechend dem Glacisvertrag sicherzustellen.

Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt und Nachhaltigkeit	11.07.2024	Vorberatung
Stadtrat	23.07.2024	Entscheidung

Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt und Nachhaltigkeit vom 11.07.2024

Bürgermeisterin Kleine führt aus, dass man dem Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt und Nachhaltigkeit in seiner heutigen Sitzung die Machbarkeitsstudie des Ingenieurbüros Goldbrunner vorlege. Im Rahmen dieser Studie seien verschiedene Möglichkeiten untersucht worden, die für eine Sanierung oder Reinigung des Künettegrabens in Betracht kommen würden. Bürgermeisterin Kleine erklärt, dass bei dieser Thematik zunehmend auch das Festungsjubiläum im Jahr 2028 in den Fokus gerutscht sei. Vor Fertigstellung der Endversion der vorliegenden Machbarkeitsstudie habe es einen Zwischenbericht gegeben, zu dem die Verwaltung auch den Historischen Verein Ingolstadt e.V., den Förderverein Bayerische Landesfestung Ingolstadt e.V. sowie die Bürgerinitiative „Saubere Künette“ eingeladen habe. Dabei hätten die beiden Vereine und die Bürgerinitiative die Verwaltung bei dieser Thematik unterstützt und zahlreiche Vorschläge vorgebracht, wie man die Situation am Künettegraben bereinigen könnte. Darüber hinaus habe man mit diesen Akuteren auch abgestimmt, welche der möglichen Varianten tatsächlich genauer verfolgt werden könne. Die Untersuchungen dieser Varianten habe das Ingenieurbüro Goldbrunner nun in der vorliegenden Machbarkeitsstudie zusammengefasst, so Bürgermeisterin Kleine. Bei der nun neu hinzugekommenen biologischen Methode müsste man allerdings noch durch eine Wasseruntersuchung und einen gesonderten Ortstermin bestätigen lassen, ob dies tatsächlich ein gangbarer Weg für den Künettegraben sei. Von daher könne man erst in der Stadtratssitzung am 23.07.2024 mit letzter Gewissheit sagen, ob man die Sanierung der Künette mit der biologischen Methode versuchen könne oder nicht. Deshalb könne man auch erst in der kommenden Stadtratssitzung abschließend über die durchzuführende Methode abstimmen. Bürgermeisterin Kleine fügt an, dass die erste Kostenschätzung für die biologische Methode bei ungefähr 300.000 Euro liege.

Stadtrat Achhammer möchte darauf hinweisen, dass die CSU-Landtagsfraktion auf Antrag von Herrn Landtagsabgeordneten Grob mittels ihrer Fraktionsreserve für die Sanierung des Künettegrabens eine Anschubfinanzierung in Höhe von 500.000 Euro geleistet habe. Die Befürchtung von Stadtrat Achhammer sei nun, dass diese Fraktionsreserve eventuell zu unachtsam ausgegeben werde. Insofern sollte man bei diesem Thema schon vorsichtig vorgehen. Zumal er erst vor kurzem wieder das fürchterliche Erscheinungsbild des Künettegrabens gesehen habe. Angesichts dessen sei es unstrittig, dass tatsächlich etwas an der Künette gemacht werden müsse. Insgesamt gesehen könne eine Sanierung des Künettegrabens wahrscheinlich allerdings nur funktionieren, wenn man den Freistaat Bayern mit ins Boot hole. So stehe auch in der vorliegenden Beschlussvorlage, dass die Stadt Ingolstadt wahrscheinlich nicht alleine das Geld für die Sanierung aufbringen könne. Darüber hinaus sei auch klar, dass man für das Gelingen dieser Maßnahme zusätzlich auch das Wasserwirtschaftsamt Ingolstadt mit an Bord benötige. Angesichts dessen, was das Wasserwirtschaftsamt im Zuge der kürzlichen Hochwasserkatastrophe in Bayern zu tun habe und an welchen Stellen überall das Geld notwendig sei, befürchtet Stadtrat Achhammer allerdings, dass die Stadt Ingolstadt mit der Sanierung des Künettegrabens irgendwo hinunterfalle. Deshalb sei er bei diesem Thema nicht ganz so zuversichtlich. Zumal Stadtrat Achhammer auch nicht ganz genau wisse, wie man bei der Sanierung wirklich vorgehen sollte. Von daher ist er auch der Meinung, dass man zuerst abwarten sollte, was die Untersuchung der biologischen Methode ergebe. Sofern diese dann bis zur Stadtratssitzung am 23.07.2024 vorliege, könne man dann noch einmal im Stadtratsplenum über dieses Thema diskutieren. Sicherlich wäre auch die Vorschaltung einer sogenannten Absetzeinrichtung sinnvoll, erklärt Stadtrat Achhammer. Allerdings würden die Herstellkosten für eine solche Einrichtung mit 700.000 Euro sehr hoch ausfallen. Da auch das Wasserwirtschaftsamt gegen eine solche Absetzeinrichtung anscheinend keine Einwände habe, sollte man diese Variante trotzdem durchaus im Auge behalten und eventuell auch durchführen. Auf der anderen Seite koste auch die Sedimententnahme mit 2,4 bis 2,8 Millionen Euro unwahrscheinlich viel Geld. Jedoch sei die Entnahme von Sedimenten nach der Ansicht von Stadtrat Achhammer dringend notwendig. Zwar sei der Künettegraben schön mit vielen Bäumen zugewachsen, aber das Laub der Bäume würde immer wieder in den Graben hineinfallen und so für einen Schlamm- und Sedimentauftrag sorgen. Andererseits könne man aufgrund der hohen Kosten nicht jährlich oder zehnjährig eine Sedimententnahme durchführen. Dies sei der Zwiespalt, in dem sich Stadtrat Achhammer derzeit befinde.

Stadträtin Leininger teilt mit, dass sie etwas zu der bereits erwähnten Fraktionsreserve der CSU-Landtagsfraktion sagen möchte. Zunächst höre sich der Begriff Fraktionsreserve sehr nett an, dass die CSU-Landtagsfraktion ihre Gelder für dieses besondere Projekt in Ingolstadt bereitstelle. Man dürfe dabei aber nicht vergessen, dass es sich bei der Fraktionsreserve der CSU-Landtagsfraktion um nichts anderes als Steuergelder der Bürgerinnen und Bürger aus dem Haushalt des Freistaats Bayern handle. Insofern sei dies kein Geschenk der CSU, betont Stadträtin Leininger.

Stadtrat Witty erwähnt, dass die Antragsziffer 3 in der vorliegenden Beschlussvorlage der Verwaltung etwas vage gehalten worden sei. Darin heiße es nur, dass der Freistaat Bayern gebeten werde, die Finanzierung entsprechende dem Glacis-Vertrag sicherzustellen. Im Maximalfall rede man hier von insgesamt 2 bis 3 Millionen Euro, erklärt Stadtrat Witty. Zumal diese Kosten am Ende noch höher ausfallen können, da in der vorliegenden Kostenberechnung noch nicht die entsprechenden Entsorgungskosten berücksichtigt worden seien. Hierbei sei es am Rande erwähnt auch noch einmal interessant zu wissen, in welcher Größenordnung man sich bei den Entsorgungskosten für die Sedimententnahme befinde. Sofern man die Sanierung des Künettegrabens tatsächlich angehe, sei es insgesamt gesehen allerdings wichtig, dass sich der Freistaat Bayern gemäß des Glacis-Vertrag dann auch finanziell daran beteilige. Grundsätzlich sollte man bei dieser Thematik darauf achten, dass der Stadt Ingolstadt hieraus keine zusätzliche Belastung entstehe. Angesichts des bereits angesprochenen Festungsjubiläums wäre es auch ein schönes Geschenk des

Freistaats Bayern an die Stadt Ingolstadt, wenn dieser bis zum Jahr 2028 einen Zuschuss zur Sanierung des Künettegrabens geben würde. Dabei sei es dann auch egal, woher die Mittel aus dem Haushalt des Freistaats Bayern schlussendlich stammen. Deshalb ist es für Stadtrat Witty wichtig, dass der Freistaat Bayern hierzu ein grundsätzliches Bekenntnis abgebe, bevor der Stadtrat eine endgültige Entscheidung in dieser Angelegenheit herbeiführe. Zumal man bei einer möglichen Beteiligung des Freistaats Bayern noch einmal mit ihm die entsprechende Methode abstimmen müsste, da dieser dann auch nach dem Glacis-Vertrag die überwiegende finanzielle Last dafür tragen würde.

Stadtrat Dr. Meyer schildert, dass man unter der Antragsziffer 2 der vorliegenden Beschlussvorlage die Verwaltung damit beauftrage, die Sanierung des Künettegrabens voranzutreiben. Hinsichtlich der vage formulierten Antragsziffer 3 äußert er die Bitte, dass die Verwaltung den Ausschussmitgliedern noch einmal aufzeigen solle, wie sie den Freistaat Bayern bei der Umsetzung der Sanierung mit ins Boot holen möchte. Denn Stadtrat Dr. Meyer sieht die Gefahr, dass der Freistaat Bayern bei einer möglichen Beteiligung dann natürlich zuerst die günstigere Methode wählen würde.

Bürgermeisterin Kleine führt aus, dass sie die Thematik um den Künettegraben zusammen mit dem Umweltamt als Sonderprojekt übernommen habe. Im Laufe der Zeit habe es dabei in den sozialen Medien immer wieder Kritik am Erscheinungsbild des Künettegrabens gegeben. Allerdings müssten diese kritikübenden Personen genau wissen, dass sich vielmehr das Wasserwirtschaftsamt Ingolstadt als für die Künette zuständige Behörde lange Zeit in dieser Angelegenheit nicht bewegt habe. Die Aussage des Wasserwirtschaftsamts Ingolstadt sei dabei gewesen, dass sie aufgrund der guten Wasserqualität der Künette ihrerseits keinen Handlungsbedarf sehen würde. Die Stadtverwaltung habe dieses Thema trotz der fehlenden Bereitschaft zur Übernahme der Federführung durch das Wasserwirtschaftsamt Ingolstadt allerdings weiter vorangetrieben. Dass sich überhaupt etwas in dieser Sache getan habe, liege tatsächlich auch am Einsatz von Herrn Landtagsabgeordneten Grob, erklärt Bürgermeisterin Kleine. An dieser Stelle möchte sie drauf hinweisen, dass die Fraktionsreserve der CSU-Landtagsfraktion nicht einfach an die Stadt Ingolstadt überwiesen, sondern lediglich in der entsprechenden Fachbehörde des Freistaats Bayern, wie in diesem Fall dem Wasserwirtschaftsamt Ingolstadt, bereitgestellt werde. Insgesamt seien es nun 500.000 Euro, die aus der Fraktionsreserve der CSU-Landtagsfraktion für dieses Projekt bereitgestellt werden. Grundsätzlich seien an den zu diesem Thema stattgefundenen Beratungen immer Herr Landtagsabgeordneter Grob, die Stadtverwaltung und auch das Wasserwirtschaftsamt Ingolstadt beteiligt gewesen, obwohl letztere eigentlich keinen Handlungsbedarf gesehen haben. Nichtsdestotrotz sei dem Wasserwirtschaftsamt bei der Sanierung des Künettegrabens immer die Nachhaltigkeit der anzuwendenden Methode wichtig gewesen. Hierzu führt Bürgermeisterin Kleine aus, dass eine reine Sedimententnahme im Endeffekt nicht sehr nachhaltig sei, da diese die Situation nur für einen begrenzten Zeitraum verbessern würde, bevor man wieder ausbaggern müsste. Deshalb habe die Stadtverwaltung in Zusammenarbeit mit dem Ingenieurbüro Goldbrunner nach einer Methode gesucht, die diesem Nachhaltigkeitsaspekt des Wasserwirtschaftsamts Ingolstadt gerecht werde. Als mögliche Variante habe man hierbei nun die Errichtung einer Absetzeinrichtung gewählt, in der die von der Schutter mitgeführten Sedimente abgefangen werden könnten. Diese Methode würde den Vorteil mit sich bringen, dass man die im Absetzbecken aufgefangenen Sedimente regelmäßig ausbaggern könnte. Diese Variante habe nun dazu beigetragen, dass vom Wasserwirtschaftsamt Ingolstadt nun die Nachhaltigkeit der Gesamtmaßnahme anerkannt worden sei. Dies bedeute, dass das Wasserwirtschaftsamt Ingolstadt als zuständige Behörde mit an Bord wäre, wenn es zu einem Bau der Absetzeinrichtung kommen würde. Darüber hinaus habe die Fraktionsreserve der CSU-Landtagsfraktion natürlich auch dazu beigetragen, das Wasserwirtschaftsamt Ingolstadt in die finanzielle Verantwortung nehmen zu können. Bürgermeisterin Kleine erwähnt, dass die Stadt Ingolstadt unter anderem bei der vorliegenden Machbarkeitsstudie in Vorleistung gegangen sei. Zusätzlich zu den in der vorliegenden Machbarkeitsstudie aufgeführten Maßnahmen habe sich nun kurzfristig noch die Möglichkeit der Durchführung

einer biologischen Methode ergeben, führt Bürgermeisterin Kleine aus. Andere Städte hätten mit dieser Methode bereits entsprechende Erfolge verzeichnen können. Ein wesentlicher Vorteil der biologischen Methode sei es, dass sie im Vergleich zu den anderen Maßnahmen deutlich günstiger ausfalle. Allerdings werde man auch mit der biologischen Methode dennoch zusätzlich eine Absetzeinrichtung errichten müssen, um den Stoffeintrag über die Schutter zu reduzieren. Ob man dann noch eine zusätzliche Sedimententnahme im Künettegraben mit Bagger durchführen müsse, hänge davon ab, wie gut die biologische Methode und die Absetzeinrichtung funktionieren würden. Deshalb ist Bürgermeisterin Kleine der Ansicht, dass man nun zunächst und vorbereitend für eventuell weitere Maßnahmen die Bakterien der biologischen Methode arbeiten lassen sollte. In der Zwischenzeit würde man natürlich auch noch einmal auf den Freistaat Bayern bezüglich dieser Thematik zugehen. Nach der Durchführung dieser Maßnahme wisse man auch besser, welche Schritte man konkret als nächstes unternehmen müsste. Des Weiteren sei auch mit der Umsetzung der biologischen Methode die Fraktionsreserve der CSU-Landtagsfraktion aufgebraucht, so Bürgermeisterin Kleine. Hinsichtlich der Frage, weshalb die Ziffer 3 des vorliegenden Antragstextes so vage gehalten worden sei, führt sie aus, dass dies am Verfahren gelegen habe. Dabei kündige man eine weitere Maßnahme rechtzeitig an und warte, bis die Finanzierung dafür in den Haushalt eingestellt werde. Nichtsdestotrotz stelle auch für die Verwaltung das anstehende Festungsjubiläum im Jahr 2028 einen Argumentationspunkt dar, über den man noch einmal mit dem Freistaat Bayern reden sollte. Hierbei könnte man darauf verweisen, dass sich mit einer Sanierung des Künettegrabens insgesamt die Aufenthaltsqualität der Festungsanlage verbessern lassen würde.

Die Verwaltung habe in der vorliegenden Beschlussvorlage dargelegt, dass die Stadt Ingolstadt bei einer Sanierung des Künettegrabens auf die Zusammenarbeit mit dem Freistaat Bayern angewiesen sei. Wenn die Stadt Ingolstadt allerdings nicht bei diesem Thema initiativ vorgehe, dann würde nichts passieren. Insofern ist die Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN froh, dass die von Bürgermeisterin Kleine dargestellte Perspektive bestehe. Darüber hinaus sei man auch der Meinung, dass noch genügend Zeit bestehe, um zunächst einmal die biologische Methode auszuprobieren. Zumal dieses Verfahren vielleicht auch finanziell deutlich günstiger ausfallen könnte. Zur Nachhaltigkeit der angesprochenen Absetzeinrichtung erklärt Stadtrat Semle, dass man damit wahrscheinlich zwar einen Teil des Sedimenteintrages herausnehmen könne, aber nicht alles. Angesichts dessen sollte man ausprobieren, ob nicht auch die biologische Methode in Ingolstadt funktioniere.

Bürgermeisterin Kleine fügt hinzu, dass die untere Denkmalschutzbehörde für einen möglichen Bau der Absetzeinrichtung bereits ihr Einverständnis gezeigt habe.

Stadtrat Witty teilt mit, dass die SPD-Stadtratsfraktion die Arbeit und die Bemühungen sowohl von der Verwaltung als auch von Stadtrat Grob bei diesem Thema anerkenne. Ihm sei es bei seiner Frage lediglich darum gegangen, dass man vor einer konkreten Umsetzung der Maßnahmen erst die Finanzierungsverhältnisse geklärt haben müsse, um zu wissen, was der Freistaat Bayern übernehme und was an der Stadt Ingolstadt hängen bleibe.

Bürgermeisterin Kleine betont, dass der Stadtrat und die Verwaltung zusammenarbeiten müssen, wenn man bei diesem Thema auf die Unterstützung des Freistaats Bayern angewiesen sei. Aber vielleicht laufe die Thematik nun auch ganz von alleine. Zwar sei man im Ergebnis nicht immer einig mit dem Wasserwirtschaftsamt Ingolstadt gewesen, aber die Zusammenarbeit habe man immer als unterstützend wahrgenommen.

Mit allen Stimmen:

Entsprechend dem Antrag befürwortet.